

HARTZ IV ODER DIE GRENZEN DES PRIVATEIGENTUMS

Schröder „wird ganz übel“, wenn er an die „Volksfront“ gegen Hartz, gebildet „von PDS und CDU“, denkt. Clement erklärt die Arbeitslosigkeit „zur Hinterlassenschaft der Kommunisten“ und zeigt sich empört darüber, dass „Montagsdemos“ gegen das ideologische Erbrecht verstoßen, gegen Kommunisten gerichtet zu sein. Wenn die leitenden Angestellten des Kapitals derartig den Verstand verlieren, hat der öffentliche Protest gegen Hartz, der sich, in Ostdeutschland seinen Anfang nehmend und nun über die BRD verbreitend, offenbar schon gewirkt. Kosmetische Rücknahme von Verordnungen für die Durchführung der Hartz-Gesetze, die vor der bürgerlichen Justiz wahrscheinlich eh keinen Bestand gehabt hätten, oder auch die flugs von in Panik geratenen Polit-Funktionären vorgeschlagene Verschiebung der Spitzensteuersatzsenkung (die sinniger Weise zu demselben Zeitpunkt wie Hartz IV wirksam werden soll) wird nicht genügen, um den aufkommenden Widerstand einzudämmen, auch wenn er noch in einem entscheidenden Punkt schwächelt: Aus den Betrieben kommt noch zu wenig Widerstand. Auch wegen des zögerlichen und uneinheitlichen Vorgehens der Gewerkschaften.

Das setzt allerdings voraus, dass die Auseinandersetzung um Hartz IV als Teil des allgemeinen Klassenkampfes erkannt und geführt wird, d.h. die Gewerkschaften als Organisation der Arbeiterklasse wirksam werden. Gerade dies soll im tagtäglich in den Massenmedien geführten Kampf um die Köpfe und mit Hilfe des mit der herrschenden Klasse verquickten Teils der Gewerkschaftsführungen verhindert werden. Wenn der DGB-Vorsitzende Sommer die Sorge äußert, dass der „Unmut der Bevölkerung von politischen Rattenfängern missbraucht wird“, dann zielt er natürlich nicht auf die von ihm auch genannten Rechtradikalen, sondern auf „linke Parteien“. Nach 1989 ist der Kommunismus auf den Status eines Gespenstes zurückgestuft worden, ein Gespenst allerdings, das im Unterschied zu vor 156 Jahren nicht als reale Macht anerkannt wird, sondern dessen im stummen Zwang historischer Notwendigkeit liegende Wirksamkeit durch wortreiche Tabuisierung überdeckt wird. Die ersten Proteste, in der ostdeutschen Sonderzone, können sich unter diesen Bedingungen nur in der Tradition der antikommunistischen Montagsdemonstrationen Bahn brechen. Wenn gesagt wird, diese Demonstrationen haben „schon mal ein System gestürzt“, so ist der drohende Unterton unüberhörbar. Allerdings waren die Montagsdemos Wegbereiter der Konterrevolution, die erst zu der Situation führte, wogegen jetzt protestiert wird. Sollen diese Proteste wirksam sein, muss über kurz oder lang ihr objektiv entgegengesetzter Klasseninhalt über antikommunistische Vorbehalte siegen, mit denen die Proteste noch behaftet sind. Denn an der einfachen Wahrheit kommt niemand vorbei: Wir sind nicht nur „das Volk“, wir sind vor allem *werktätiges* Volk und als „die Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“ (Marx) von den Früchten ihrer Arbeit ausgeschlossen, enteignet und gedemütigt, oder von vornherein ausgeschlossen von der Möglichkeit produktiv tätig zu sein – zum Wohle einer kleinen, aber mächtigen Klasse von Kapitalisten, die niemand mehr braucht, weil alles, was an Reichtum geschaffen wird, auf unserm Wissen und unseren Fähigkeiten beruht.

Am 20. Juni 1990 notierte Peter Hacks: „Die Partei des Eigentums enteignet 1. die Ersparnisse des Volks, 2. das Eigentum des Volks und 3. das Vermögen der Volkspartei. Sie tut alles, um ein proletarisches Klassenbewusstsein hervorzurufen, das anders vielleicht ewig schlief.“ Er nannte dies das Naheliegende, das offenbar so schwer zu machen ist.

Schwer kommt es, aber es kommt in Gang. Die Erfahrungen des 1. November, des 13. Dezember und des 3. April in Berlin sind ein Nährboden für die heutigen Proteste. Die Einbindung der Gewerkschaften in die Hartz-Proteste wird im DGB kontrovers diskutiert, doch viele Gliederungen des DGB sind in regionalen Bündnissen an der Mobilisierung beteiligt. Selbst-

verständlich beteiligt sich die DKP an den Protesten, nicht zuletzt weil ein beträchtlicher Teil ihrer Mitglieder von Hartz IV unmittelbar betroffen ist, existenziell somit die gleichen Sorgen hat wie fast ein Viertel der Bevölkerung und die anderen wissen, dass auch sie nicht unberührt bleiben von den 1-Euro-Jobs und vielem mehr, was Hartz IV zu bieten hat.

Vor allem aber geht es darum, den Zusammenhang zwischen der Krise der kapitalistischen Wirtschaftssysteme und der immer frecheren Ausplünderung der arbeitenden Massen aufzuzeigen. Hartz IV bedeutet nichts anderes als die gesellschaftlichen Kosten kapitalistischen Wirtschaftens auf die arbeitenden Massen abzuwälzen und die Machtposition des Kapitals, den so genannten „Standort Deutschland“, für eine Veränderung des internationalen, zwischenimperialistischen Kräfteverhältnisses zugunsten des deutschen Imperialismus aufzubessern. Führende Politiker und „Wirtschaftsexperten“ ergehen sich in blinker Demagogie, wenn sie von der Notwendigkeit einer „Neugestaltung des Sozialsystems“ sprechen. Das Ziel, „den Arbeitsmarkt in den Griff zu bekommen“ heißt nichts anderes als den erwerbslosen Teil der arbeitenden Klasse *gesetzlich* zum Instrument der Verschärfung der Ausbeutung der noch in Arbeitsverhältnissen stehenden Werktätigen zu machen. Daher die Rede von einer angestrebten „Vollbeschäftigung im Niedriglohnssektor.“

Es geht weiterhin darum, die Erkenntnis zu vermitteln, dass hinter dem ideologischen Rauchvorhang der mit den Begriffen vom Sozialstaat, von Sozialpartnerschaft, von sozialer Marktwirtschaft in die Köpfe gehämmert wird, der deutsche Imperialismus steht, der dabei ist, im Kampf um Weltmachtpositionen bei der Neuaufteilung der Welt die Ergebnisse des II. Weltkrieges grundlegend zu korrigieren. Dazu braucht er wie bei den hinter uns liegenden großen Kriegen ein entsprechend nutzungsfähiges und sicheres Hinterland.

Daher der Ruf „der Wirtschaft“ nach Lohnsenkung, daher der Ruf nach Verlängerung der Arbeitszeit, daher der Ruf nach Abbau von „Beschäftigungsbarrieren“ wie Kündigungsschutz, Urlaub, Bezahlung von Überstunden. Daher wird der Popanz des Terrorismus aufgebaut, mit dem die Einschränkung demokratischer Rechte, die Begünstigung neofaschistischen und re-vanchistischen Gedankenguts, die für Friedenszeiten außergewöhnlich umfangreiche Rüstung dem Volke als im seinem Interesse liegend vermittelt werden soll.

Allmählich werden die Volksfeindlichkeit und Menschenverachtung der Kapitalvertreter und ihrer politischen Handlanger erkannt, wenn sie von der „Faulheit“ und der „Arbeitsverweigerung“ der von der Arbeit Ausgeschlossenen sprechen, wenn Müntefering fordert zu verhindern, daß nach dem Inkrafttreten des Hartz-Gesetzes Arbeitslose ihre Kinder benutzen können, um ihr Vermögen zu deponieren. Die Menschen wollen arbeiten. Sie haben inzwischen millionenfach die Erfahrung machen müssen, dass Arbeitslosigkeit neben materieller Armut die Zerstörung der Lebensperspektiven, das Entstehen von Minderwertigkeitsgefühlen und soziale Isolation bedeuten

Wir wissen, dass alle diese Erscheinungen zwangsläufig mit dem kapitalistischen System verbunden sind. Und wir wissen auch, dass die Stunde des Privateigentums an Produktionsmitteln schlägt, aber sie schlägt nicht von alleine und bevor sie schlägt, muß die Arbeiterklasse aus den Erfahrungen der täglichen Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen die Erkenntnis ihrer gesellschaftlichen Rolle wiedergewinnen. Der Weg bis dahin muß Schritt für Schritt gegangen werden. Alles andere wäre politisches Abenteuerium.

Wenn wir an den gesellschaftlichen Realitäten nicht vorbeigehen, die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und den Bewusstseinsstand der werktätigen Massen beachten, müssen wir in unseren Forderungen für den zu organisierenden Kampf dort ansetzen, wo die Lebensinteressen der Menschen am stärksten betroffen sind und wo die größte Breite der oppositionellen Bewegung zu erreichen ist: Deshalb gilt es alle Kräfte darauf zu konzentrieren, dass Hartz IV fällt.